



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND IM POSTSOWJETISCHEN RAUM

■ ANALYSE		
Das russische Integrationsprojekt reduziert auf die trilaterale Zollunion		2
Von Andrei Zagorski, Moskau		
■ ANALYSE		
Russland als Ordnungsmacht im postsowjetischen Raum		
Regionalorganisationen als Instrumente für »Friedenseinsätze«		5
Von Stefan Meister, Berlin		
■ DOKUMENTATION		
Die wichtigsten Regionalorganisationen im postsowjetischen Raum		8
■ TABELLEN		
Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten der ehemaligen Sowjetunion		12
■ UMFRAGE		
Die postsowjetische Öffentlichkeit über transnationale Strukturen		15
Russen über ihre Nachbarn im postsowjetischen Raum		16
Die Ukraine, Belarus und Georgien in russischen Meinungsumfragen		16
■ CHRONIK		
Vom 24. Februar bis zum 10. März 2011		18

Das russische Integrationsprojekt reduziert auf die trilaterale Zollunion

Von Andrei Zagorski, Moskau

Zusammenfassung

Russland ist im postsowjetischen Raum in den letzten Jahren aktiver geworden. Es wird versucht, den russischen Integrations- und Sicherheitsraum zu konsolidieren. Doch gegenwärtig bleibt die Integrationspolitik Russlands auf zwei Staaten – Belarus und Kasachstan – beschränkt. Probleme bei der Fortentwicklung regionaler Formate führten dazu, dass nun die Zollunion mit Belarus und Kasachstan im Mittelpunkt der russischen Einbindungspolitik steht. Dabei verändert sich das Konzept von Zollunion und Einheitlichem Wirtschaftsraum (EWR). War es anfangs ein bloßer Versuch, vor dem Hintergrund der Entwicklung der Östlichen Partnerschaft der EU den eigenen Integrationsbereich zu konsolidieren, so wird es jetzt zum Instrument einer Reintegration des postsowjetischen Raumes unter der ordnungspolitischen Führung Moskaus. Allerdings läuft Russland nun Gefahr, mit einem maximalistischen Ansatz zu scheitern und das zu beschädigen, was man aufgebaut hat.

Ordnungspolitischer Führungsanspruch im postsowjetischen Raum

In den letzten zwei Jahren hat Russland seine Politik der Einbindung der postsowjetischen Staaten intensiviert. Diese soll die weitere Erosion des russischen Integrations- und Sicherheitsraumes aufhalten und die Entwicklung umkehren. Sie soll zudem einer eventuellen Westbindung osteuropäischer Staaten sowie einer handelspolitisch bedingten Bindung der Staaten Zentralasiens an China vorbeugen.

Die jüngsten Aktivitäten Russlands sind nicht zuletzt durch die Verabschiedung der Östlichen Partnerschaft der Europäischen Union motiviert, die den Staaten in Osteuropa und im Südkaukasus die Perspektive einer politischen Assoziation und der wirtschaftlichen Integration in die EU anbietet. Nach der Verabschiedung der Östlichen Partnerschaft sieht sich Moskau unter Zeitdruck, wenn es um den Erhalt seines Machtbereiches geht.

Eine Reihe von Entwicklungen der letzten Jahre bestärkten die russischen politischen Eliten aber in dem Glauben, dass der ordnungspolitische Führungsanspruch Russlands mindestens in einem Teil des postsowjetischen Raumes erfolgreich durchgesetzt werden kann.

- Nachdem die Kontroverse über den möglichen Beitritt der Ukraine und Georgiens zur NATO im Jahr 2008 vorbei ist, steht die Beitrittsoption seit 2009 vorübergehend nicht mehr auf der Tagesordnung.
- Die beschleunigte Einführung der trilateralen Zollunion von Belarus, Kasachstan und Russland hat bei den Versuchen zur Schaffung eines postsowjetischen Integrationskerns um Russland herum eine neue Dynamik entstehen lassen.
- Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine von 2010, in denen die für die »Westbindung« der Ukraine eintretenden politischen Kräfte

abgewählt worden waren, haben in Moskau die Hoffnung aufkommen lassen, dass die Option einer Einbindung der Ukraine wieder Aktualität gewinnen könnte.

Doch gegenwärtig bleibt die Integrationspolitik Russlands auf zwei Staaten – Belarus und Kasachstan – beschränkt, obwohl Moskau die Idee einer zügigen räumlichen Erweiterung der Zollunion in allererster Linie um die Ukraine parallel zu ihrer Vertiefung keineswegs aufgegeben hat.

Die Konzentration Moskaus auf die Zollunion hat gleichzeitig die Aktivität in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mit ihren zehn Mitgliedstaaten und im Rahmen der seit geraumer Zeit von Moskau favorisierten Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG) mit fünf Staaten (vgl. Tabelle 2 auf S. 11) deutlich zurückgehen lassen. Moskau bemüht sich allerdings um die Ausarbeitung eines neuen Freihandelsabkommens der GUS-Staaten, das das nie vollständig umgesetzte Abkommen von 1994 ersetzen soll.

Moskau sucht zwar auch die Konsolidierung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) zu erreichen, deren Mitgliedschaft weitgehend mit der der EAWG identisch ist (vgl. Tabelle 2 auf S. 11), aber weiterhin ohne sichtbaren Erfolg. Als Konsequenz musste man die Option einer noch 2007 ernsthaft erwogenen engeren Verknüpfung zwischen der EAWG und der OVKS ruhen lassen.

Die Zollunion

Alle diese Entwicklungen rückten die Gestaltung der Zollunion mit Belarus und Kasachstan in den Mittelpunkt der russischen Einbindungspolitik gegenüber dem postsowjetischen Raum.

Das gegenwärtige Projekt der Zollunion hat seinen Ursprung im Abkommen von 2003 über die Gründung eines Einheitlichen Wirtschaftsraums (EWR)

von vier Staaten – Belarus, Kasachstan, Russland und der Ukraine –, der die konsekutive Einführung einer Freihandelszone, einer Zollunion und eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes anstrebte. Letzterer wird als Sicherstellung einer Harmonisierung des Regelwerkes für wirtschaftliche Aktivitäten und der freien Bewegung von Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräfte sowie Kapital definiert.

Schon bei der Unterzeichnung des Abkommens machte der damalige Präsident der Ukraine Leonid Kutschma deutlich, was dann auch das ukrainische Parlament bei der Ratifizierung bestätigte, dass Kiew nur beschränkt an dem Vorhaben teilzunehmen bereit war. Es zeigte, wie auch bei allen früheren Verhandlungen im Rahmend der GUS, allein an der Entwicklung des freien Handels Interesse und lehnte kategorisch jegliche übernationale Strukturen ab. Das letztere war ein Grund dafür, dass bei der Verhandlung über das Abkommen, die man unbedingt vor den ukrainischen Präsidentschaftswahlen abschließen wollte, keine Einigung über die einzusetzenden Gremien des EWR erzielt und aus diesem Grunde das Sekretariat der EAWG mit der Ausarbeitung der vorgesehenen Einzelabkommen betraut wurde.

2006 schied die Ukraine endgültig aus der Umsetzung des EWR-Abkommens aus, weil ihr die vorbereiteten Teilverträge über den freien Handel und die Zollunion zu weit gingen. Belarus, Kasachstan und Russland beschlossen daraufhin, die Zollunion ohne die Ukraine zu realisieren.

Nach einigen Jahren schleppender Verhandlungen, die an mehrere frühere fruchtlose Anläufe erinnern ließen, beschlossen die drei Staaten überraschend im Juni 2009, die Zollunion im Eiltempo durchzusetzen. Trotz der noch offenen Fragen sollte zu Beginn 2010 der gemeinsame Zolltarif eingeführt werden und die Zollunion im Juli desselben Jahres in Kraft treten. Die Abschaffung der Zollgrenze zwischen Belarus und Russland – weitgehend vorbereitet durch die Arbeit an einem Unionsstaat – sollte im Juli 2010, die der Zollgrenze zwischen Kasachstan und Russland im Sommer 2011 erfolgen.

Trotz der Erfahrungen mit den ewigen Fristenverlängerungen und mangelnder Umsetzung ist dieser Zeitplan trotz aller Schwierigkeiten und ungeachtet wiederholter Handelskonflikte zwischen Belarus und Russland rigoros durchgesetzt worden. Die drei Staaten befinden sich inzwischen in einer Zollunion, deren Regeln – mit ihren zäh ausgehandelten Kompromissen und zahlreichen Ausnahmen – im Konsens von einer gemeinsamen Kommission bestimmt und weiter entwickelt werden.

2010 beschloss man die Einführung des EWR ohne weitere Pause schon für 2012. Zwar rechtfertigt die Liste

von 17 abzuschließenden Abkommen die Annahme, dass es dabei noch um keine vollständige Wirtschaftsunion im Sinne des Abkommens von 2003 geht, doch soll das Vertragswerk die Durchführung einer abgestimmten makroökonomischen Politik, eine Vereinheitlichung der Marktregulierungen, die Erweiterung der Bewegung des Kapitals und der Arbeitskräfte über die Grenzen hinweg sowie die Vereinheitlichung der technischen Standards fördern.

Der Zeitplan für die Entwicklung der vorgesehenen Abkommen sowie für deren Ratifizierung ist knapp bemessen, so dass hier und da mit Verzögerungen zu rechnen ist. Doch die Absicht der drei Regierungen, das Vertragswerk trotz der kontroversen Debatten in hohem Tempo zu verwirklichen, ist nicht zu übersehen.

Ein wirtschaftliches oder ein geopolitisches Projekt?

Die wirtschafts- und handelspolitische Relevanz der Zollunion und des EWR bleibt umstritten. Der Effekt der Einführung der Zollunion wird sich erst zeigen müssen, obwohl die bisherige Handelsstatistik eher vermuten lässt, dass er sehr bescheiden ausfallen wird.

In der Tabelle 1 sind die Anteile des gegenseitigen bilateralen Handels der Mitglieder der Zollunion an ihrem gesamten Außenhandelsvolumen zusammengefasst. Es zeigt sich deutlich, dass, zum einen, der gegenseitige Handel zwischen Belarus und Kasachstan für beide Staaten eher unbedeutend ist und unter einem Prozent ihres gesamten Außenhandelsvolumens liegt. Für Russland ist der Handel mit beiden Staaten zwar nicht ganz unbedeutend, fällt aber relativ bescheiden aus. Den Exporten Russlands kommt dabei eine größere Rolle zu, wobei die Einfuhrquote konsequent abnimmt.

Russland kommt eine unvergleichbar größere Rolle als Handelspartner der beiden anderen Zollunionsmitgliedern zu, wobei sie im Falle von Belarus bestimmend ist. Fast die Hälfte des Außenhandelsvolumens von Minsk wird mit Russland abgewickelt. Bei Einfuhren nach Belarus liegt die Quote sogar deutlich über 50 Prozent.

Tabelle 1: Der Anteil des gegenseitigen Handels der Staaten der Zollunion an deren Gesamtaußenhandelsvolumen (2008 in %)

	Mit Belarus	Mit Kasachstan	Mit Russland
Belarus		0,75 %	47,34 %
Kasachstan	0,52 %		18,33 %
Russland	4,64 %	2,68 %	

Quelle: Angaben der nationalen statistischen Ämter

Die wirtschaftliche und Außenhandelsstruktur Russlands und Kasachstans sind dabei so ähnlich – beide Staaten exportieren vorwiegend Energieträger und Rohstoffe und führen Investitionsgüter aus westlichen Staaten ein –, dass ein stärkerer Ausbau ihres gegenseitigen wirtschaftlichen Austauschs nur als Konsequenz einer tieferen, aber bisher ausgebliebenen Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften denkbar wäre. Nicht zuletzt ergab sich aus ihren unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen, dass die Verhandlungen zwischen Moskau und Astana über die Einführung der Zollunion sehr viel schwieriger gewesen sind und viel mehr Kompromisse erforderlich gemacht haben, als die Gespräche mit Minsk, obwohl diese nach außen viel dramatischer verliefen.

Es gilt in Moskau, dass Russland bis auf die eventuelle Übernahme einzelner attraktiver Aktiva im Infrastrukturbereich (insbesondere Pipelines in Belarus) oder industrieller Natur kein großes wirtschaftliches Interesse an der Zollunion haben kann. Dafür sollten die beiden anderen Partner eher ein größeres Interesse an Zusammenarbeit mit Russland haben. Diese Interessenskalkulation soll deren Einbindung erst recht ermöglichen – aus der russischen Perspektive also pure Geopolitik.

In erster Linie war es aber der politische Wille der jeweiligen Führungen, die die Durchsetzung der Zollunion ermöglicht haben. Besonders stark soll sich der Präsident Kasachstans für das Projekt eingesetzt haben, was den wirtschaftlich motivierten Widerstand der Bürokratie in seinem Land zu brechen half. Moskau wollte sich die Chance nicht entgehen lassen und setzte auf das Projekt, das mit anderen Staatschefs in Minsk und Astana wohl überhaupt nicht machbar wäre. Ob das Projekt lange überlebt, bleibt allerdings offen. Denn in beiden Staaten steht in absehbarer Perspektive ein Wechsel an der Staatsspitze an.

Erweiterungsdebatte

Zu Beginn der Gespräche über den EWR zeigten die anderen zentralasiatischen EAWG-Mitgliedsstaaten – Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan – Interesse an einer Teilnahme. Doch agierte Moskau mit Vorsicht, denn es bemühte sich in erster Linie um die Einbindung der Ukraine. So sagte man allen potentiellen Interessenten ab und machte deutlich: Erst wenn der EWR funktioniert, und die Aspiranten zum Beitritt »fit« sind, sol-

len die Türen geöffnet werden. Man hatte auch von den Erfahrungen aus anderen Integrationsprojekten in der GUS gelernt: Alle Versuche, diese auf die maximal mögliche Teilnehmerzahl zu erweitern, trugen letztlich zu ihrem Scheitern bei.

Inzwischen scheint sich die Stimmung gewendet zu haben. Die unerwartet hohe Dynamik der Einführung der Zollunion hat Hoffnungen aufkommen lassen, dass es diesmal anders ausgeht. Die Bereitschaft, der Zollunion beizutreten, wird in Moskau wieder als Zeichen der Loyalität und als ein Preis für eventuelle Konzessionen seitens Russlands betrachtet. Als mögliche Aspiranten werden dabei Kirgistan, dessen Handel mit Kasachstan und Russland durch die Einführung der Zollunion stark betroffen war, und die Ukraine, die nach der Präsidentschaftswahl von 2010 erneut die Nähe zu Russland sucht, gehandelt. Gleich nach den Wahlen in der Ukraine wurde in Kiew und in Moskau spekuliert, welchen Beitrag der neue Präsident an Moskau zu leisten bereit sein wird, um einen ermäßigten Gaspreis zu bekommen. Der Beitritt zur Zollunion war eine der diskutierten Optionen.

Janukowitsch lehnte sie zwar mit der Begründung ab, dass der Beitritt mit der WTO-Mitgliedschaft der Ukraine nicht kompatibel sei, doch das Thema kommt immer wieder auf die Tagesordnung. Der verantwortliche Sekretär der Zollunion, Sergej Glasjew, wirbt mit Nachdruck dafür – und hält die Kompatibilitätsfrage für lösbar. Auch der Regierung der Russischen Föderation ist der Gedanke nicht fremd. Moskau lockt Kiew mit dem Argument, als Mitglied der Zollunion könne die Ukraine bessere Bedingungen für freien Handel mit der Europäischen Union in vier oder fünf Jahren aushandeln.

Somit wandelt sich das Konzept der Zollunion und des EWR – von einem fast verzweifelten minimalistischen Versuch, vor dem Hintergrund der Entwicklung der Östlichen Partnerschaft der EU den eigenen Integrationsbereich zu konsolidieren, hin zu einem Instrument einer Reintegration des postsowjetischen Raumes unter der ordnungspolitischen Führungsrolle Moskaus.

Hatte der minimalistische Ansatz Moskau wenigstens einen optischen Erfolg beschert, der als ein Durchbruch gilt, läuft es jetzt allerdings Gefahr, mit dem maximalistischen Ansatz das auszuhöhlen, was man bis dahin auf den Weg gebracht hatte.

Über den Autor

Dr. Andrei Zagorski ist Leitender Wissenschaftler und Professor am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO).

Russland als Ordnungsmacht im postsowjetischen Raum

Regionalorganisationen als Instrumente für »Friedenseinsätze«

Von Stefan Meister, Berlin

Zusammenfassung

Bis heute ist die politische Ordnung im postsowjetischen Raum durch »schwache Staatlichkeit« und Zonen interethnischer Konflikte geprägt. Als Nachfolgestaat der Sowjetunion sieht sich Russland selbst als die dominante Regional- und Ordnungsmacht in dieser Region. Die russische Militärpräsenz in seinem »Nahen Ausland« dient daher nicht in erster Linie der Schaffung von Sicherheit und Stabilität, sondern dem Erhalt und Ausbau des eigenen Einflusses. Russland hat versucht über die GUS und deren sicherheitspolitische Institution, die OVKS, eine von Moskau kontrollierte Regionalorganisation für »friedensschaffende« Einsätze aufzubauen. Da sich russische »Peacekeeping«-Maßnahmen nicht an Regeln von Konsens, Unparteilichkeit und Begrenzung von Gewalt orientieren, ist das russische Militär oftmals eher Teil des Problems und nicht deren Lösung.

Russlands Politik gegenüber seiner fragilen Nachbarschaft

Die interethnischen Konflikte, die den Zerfall der Sowjetunion begleiteten, gefährdeten die Stabilität aller Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Russland war Anfang der 1990er Jahre der einzige Staat, der über die militärischen Mittel verfügte, um in diese Auseinandersetzungen einzugreifen. Doch zugleich war es in dieser Phase ökonomisch zu schwach, um die Konflikte in seiner Nachbarschaft zu lösen. Zum Teil bestand in Russland auch kein Interesse daran, da die Konflikte es erlaubten, die schwachen Nachbarstaaten zu kontrollieren. Die Erhaltung des *status quo* diente der Sicherung von Russlands Einfluss.

Unter der Präsidentschaft Wladimir Putins erfolgte eine Aufwertung des Militärs im Kontext des »Kampfes gegen den internationalen Terrorismus«. Die Stabilisierung der Staatfinanzen ermöglichte eine Steigerung der Militärausgaben. Zwischen 2000 und 2009 verdreifachte sich das russische Verteidigungsbudget von 14 auf 41 Mrd. US-Dollar. Der Kampf gegen den internationalen Terror lenkte die Aufmerksamkeit auf die Konfliktzonen in der direkten Nachbarschaft. Ähnlich wie im US-amerikanischen wird im russischen Diskurs eine Verbindung zwischen prekärer Staatlichkeit und der Entstehung sowie Ausbreitung von Terrorismus hergestellt. Mit dieser Begründung wurde auch die zweite militärische Operation in Tschetschenien (1999–2000) gerechtfertigt, die zu hohen Opferzahlen in der Zivilbevölkerung führte und eine Radikalisierung des Widerstandes beförderte.

In jüngster Zeit waren im postsowjetischen Raum zwei gegensätzliche Trends russischer Politik zu beobachten. Einerseits untergrub Moskau durch Instrumente wie die Verteilung von Pässen oder die Unterstützung von Separatisten mit Waffen die ohnehin fragile Staatlichkeit von Nachbarstaaten. Dies war etwa vor dem

Sommer 2008 in den abtrünnigen georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien der Fall, aber auch auf der Krim. Andererseits hat Russland nach dem Georgienkrieg im August 2008 unter Präsident Medwedew zumindest rhetorisch begonnen, sich aktiver um die diplomatische Lösung von eingefrorenen Konflikten zu bemühen. Beispiele dafür sind die aktive Vermittlung von Präsident Medwedew zwischen Armenien und Aserbaidschan im Berg-Karabach-Konflikt und die offiziell bekundete Bereitschaft, mit der EU Transnistrien zum Testfall für eine Zusammenarbeit bei der Konfliktlösung zu machen. Offenbar sieht die russische Führung, dass das Festhalten an der *status quo*-Politik ihren politischen Einfluss im postsowjetischen Raum verringert, und anderen Akteure Raum gibt, zu wichtigen Partnern im postsowjetischen Raum werden. Dazu zählen neben den USA, China und der EU Regionalmächte wie die Türkei und der Iran.

Russlands Interesse an Regionalorganisationen

Ein wichtiges Instrument Russlands im Umgang mit Konflikten in der direkten Nachbarschaft war der Ausbau von sicherheitspolitischen Regionalorganisationen. Unter Wladimir Putin gewannen zwei Sicherheitsorganisationen besonderes Gewicht – die Organisation des Vertrages über Kollektive Sicherheit (OVKS) und die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Die OVKS, ursprünglich die sicherheitspolitische Institution der GUS, wurde 2002 zu einer eigenständigen sicherheitspolitischen Organisation aufgewertet mit dem Fokus auf Zentralasien. Auf russische Initiative wurde 2009 im Rahmen der OVKS eine schnelle Eingreiftruppe geschaffen, die in Krisensituationen eingesetzt werden kann. Ziel ist es, die OVKS international aufzuwerten, die Stationierung russischer Truppen im postsowjetischen Raum zu legitimieren und die zentral-

asiatische Region besser auf Gefahren aus Afghanistan und Pakistan vorzubereiten.

Die zweite Struktur, die SOZ, soll neben dem Ausbalancieren der sicherheitspolitischen Interessen Russlands und Chinas in Zentralasien der Durchsetzung gemeinsamer Sicherheitsinteressen in der Region dienen. Ursprüngliches Ziel Russlands und Chinas war es, durch sicherheitspolitische Kooperation die USA aus der Region herauszuhalten. Ihr Fokus liegt auf dem Umgang mit weichen Sicherheitsbedrohungen und ökonomischen Risiken. Insbesondere die Drogenströme aus Afghanistan und das Eindringen radikal-islamischer und krimineller Strukturen haben das russische Interesse an einer Stabilisierung der zentralasiatischen Staaten erhöht.

Russische Friedenseinsätze ohne UN-Mandat

Von Beginn an, seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion war Russland auch militärisch im postsowjetischen Raum aktiv mit sogenannten »friedensschaffenden Einsätzen«. In Zentralasien erscheint in erster Linie Tadschikistan als *failing state*, welcher zwischen 1992 und 1997 einen blutigen Bürgerkrieg durchlebt hat. Aber auch Kirgistan und Usbekistan zeichnen sich durch ethnischen Spannungen und schwache Staatlichkeit bzw. schlechte Regierungsführung aus. Daneben bildet der Südkaukasus mit den Konflikten in Georgien und Aserbaidschan eine prekäre Krisen- und Konfliktzone. Als Instrument zur Durchführung friedenserhaltender Maßnahmen entwickelt Russland seit 1992 die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Durch diesen multilateralen Rahmen hat Russland von Anfang an versucht, seine Militäreinsätze in der Nachbarschaft zu legitimieren. Russische Soldaten befinden sich im Rahmen von GUS-Operationen in drei Staaten: in Georgien (Südostetien seit 1992, Abchasien seit 1994), in der Republik Moldau (Transnistrien seit 1992) und in Tadschikistan seit 1993.

Russland strebt seit langem eine Anerkennung der GUS bei den Vereinten Nationen (UN) als Regionalorganisation an. Ziel ist es, Russlands Rolle als zentrale Ordnungsmacht im postsowjetischen Raum von der Staatenwelt bestätigen zu lassen. Bisher hat die UN Russland kein Mandat für »friedenssichernde Einsätze« in diesen Regionen erteilt. Auch wenn Russland das berechnete Interesse geltend machen kann, Konflikte in seiner direkten Nachbarschaft zu lösen, so ist es ökonomisch und politisch in diese oftmals so stark involviert, dass es kaum den Grundsätzen der UN von Unparteilichkeit entspreche. Russland ist mit seiner Interessenpolitik selbst Teil des Problems. Aus diesem Grund waren in Georgien (1993–2009) und sind in Tadschikistan

neben den russischen Truppen auch UN-Beobachtermissionen stationiert.

Russisches »Peacekeeping« in der Praxis

Grundsätzlich haben sich russische Truppen im postsowjetischen Raum selten als neutrale Mediatoren präsentiert. Die russische Strategie zur »Konfliktlösung« zeichnet sich durch die Bereitschaft aus, schnell Truppen zu entsenden und den Konflikt mit militärischen Mittel zu beenden. Dabei spielen sowohl politische Interessen der Moskauer Führung als auch die Interessen der russischen Armeeführung in der Region eine Rolle. Nichtmilitärische Elemente der Konfliktlösung fehlen, etwa der zivile Aufbau in Krisenregionen oder die Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung. Das gilt auch für die Konflikte auf dem eigenen Territorium im Nordkaukasus.

Russische »friedenschaffende« Operationen ignorieren meist traditionelle UN-Peacekeeping-Regeln von Konsens, Unparteilichkeit und Begrenzung von Gewalt. Dabei ist es vor allem das russische Verteidigungsministerium und das Militär vor Ort selbst, das den Charakter der Einsätze prägt. Im Vergleich zu UN-Operationen, die vom Sicherheitsrat bestätigt werden, fanden russische Friedenseinsätze im postsowjetischen Raum unter unklarer Legitimierung und ohne präzise Einsatzregeln statt. Gleichzeitig deckte sich die Rhetorik der politischen Führung oft nicht mit der Realität der Einsätze vor Ort. Die »Friedenstruppen« waren meist schlecht ausgestattet und mussten ohne klare Anweisungen unter schwierigen Gegebenheiten in der Einsatzregion agieren.

Es ist schwierig, den Mitteleinsatz für Friedenseinsätze zu berechnen. So gibt das *International Institute for Strategic Studies* für 2009 den Anteil für kollektives Peacekeeping am gesamten Verteidigungsbudget Russlands (insgesamt 41 Mrd. US-Dollar) mit 20.300 US-Dollar an. Dieser Betrag sollte zwar 2010 auf 375.000 US-Dollar steigen, kann aber nicht die Realität russischer »Friedenseinsätze« widerspiegeln. Das bedeutet, dass die tatsächlichen Kosten für russische »Friedenseinsätze« in anderen Budgettiteln versteckt sind und diese somit auch finanziell von regulären Militäreinsätzen nicht zu trennen sind.

Modernisierung und »Peacekeeping«

Es besteht eine direkte Verbindung zwischen der Modernisierung der russischen Armee und der Fähigkeit, an internationalen Friedenseinsätzen teilzunehmen. Veraltete Technik, das Fehlen moderner Informations- und Navigationssysteme sowie die strategische Ausrichtung der russischen Armee (Massenmobilisierung versus hoch mobile kleine Truppen) machten es bisher unmöglich,

auf kleine begrenzte Konflikte angemessen zu reagieren. Die im Herbst 2008 begonnene umfassende Militärreform reagiert auf den Georgienkrieg im Sommer des gleichen Jahres, der die genannten Defizite in der Armee erneut offenbarte und zeigte, dass die Truppe für relativ kleine, begrenzte Einsätze weder technisch noch organisatorisch vorbereitet ist und dringend eine strategische und technische Neuaufstellung benötigt.

Obendrein werden Soldaten selten speziell für Friedenseinsätze trainiert. Die sowjetische Armeetradition prägt die russische Vorstellung von Friedenseinsätzen und verhindert die Herausbildung einer Truppe, die in Konfliktsituation neutral und flexibel auftreten kann. Beispiele für die fehlende Unparteilichkeit russischer Friedenstruppen lassen sich in praktisch allen Konfliktzonen des postsowjetischen Raumes finden. So hat die russische Führung zwar mit ihrer in der Republik Moldau stationierten 14. Armee durchgesetzt, dass an der Grenze zu Transnistrien eine Friedenstruppe aus russischen, moldauischen und transnistrischen Truppen gebildet wurde. Gleichzeitig kooperiert sie aber eng mit der Führung in Tiraspol und übernahm neben der Funktion der »Friedenssicherung« auch die des Rechtsschutzes.

Ergebnisse

Russlands Umgang mit fragilen Staaten zeigt die für die russische Außenpolitik charakteristische Kombination

Über den Autor

Dr. Stefan Meister ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Lesetipps

- Stefan Meister, Russland: Die verhinderte regionale Ordnungsmacht, in: Josef Braml, Thomas Risse und Eberhard Sandscheider (Hrsg.), Einsatz für den Frieden. Sicherheit und Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit, Jahrbuch Internationale Politik, Band 28, DGAP, Berlin 2010, S. 216–221 (die Langfassung des vorliegenden Textes).
- Stefan Meister, Multipolare Rhetorik vs. unilaterale Ambitionen. Die Grenzen russischer Außenpolitik, in: DGAP-analyse Nr. 3, April 2009, Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik.

von gegensätzlichen Zielen und Aktivitäten. Um erfolgreich Konfliktlösung in Russlands instabiler Nachbarschaft betreiben zu können, bedarf es einer kohärenten und koordinierten multilateralen Politik in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft. Stattdessen versucht Russland durch unilaterales Handeln vor allem seinen Einfluss in der Region zu erhalten und zeigt sich unfähig, tatsächlich hier die Rolle einer regionalen Ordnungsmacht zu übernehmen.

Russische militärische Präsenz in den Nachbarstaaten im Rahmen von sogenannten GUS-Friedenseinsätzen diente bisher weniger der Befriedung von Konflikten als der Legitimierung russischer Militärpräsenz in dieser Region, um so die Ausfüllung des durch das Ende der SU entstandenen Machtvakuum durch andere Mächte zu unterbinden. Russlands politischer Führung ist es in den letzten 20 Jahren nicht gelungen, glaubwürdige Instrumente für Konfliktmanagement zu entwickeln. Das lässt für die georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien, die Russland einseitig anerkannt hat, sowie den russischen Nordkaukasus nichts Positives erwarten.

Die wichtigsten Regionalorganisationen im postsowjetischen Raum

Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) / Shanghai Cooperation Organization (SCO)

Gegründet 2001. Die SOZ geht auf den »Shanghai Five«-Mechanismus (1996) zurück, der die Regelung von Grenzangelegenheiten zwischen China, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan mit Beteiligung Russlands fördern sollte (Siehe *Russian Analytical Digest* Nr. 76 vom 15. April 2010).

Mitglieder: China, Russland, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan, Usbekistan. Beobachterstatus: Mongolei (seit 2004), Pakistan (2005), Indien (2005) und Iran (seit 2005, 2008 Antrag um Mitgliedschaft. SOZ-Regeln verbieten jedoch Mitgliedschaft eines Landes unter UN-Sanktionen). Dialogpartner seit 2009: Belarus und Sri Lanka.

Weiterhin ist Afghanistan in der SOZ-Afghanistan Kontaktgruppe seit 2005 eingebunden.

Quelle: *Homepage der Shanghai Kooperationsorganisation* <http://www.sectSCO.org>

Hauptziele der SOZ, Artikel 1 der Charta:

- Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und guter nachbarschaftlicher Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten;
- Gemeinsame Anstrengungen zur Sicherung und Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region sowie der Förderung einer neuen demokratischen, gerechten und rationalen politischen und wirtschaftlichen internationalen Ordnung;
- Gemeinsamer Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus, illegalen Drogen- und Waffenhandel sowie illegale Migration;
- Förderung effizienter regionaler Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Handel und Wirtschaft, Verteidigung, Strafverfolgung, Umweltschutz, Kultur, Wissenschaft und Technologie, Bildung, Energie, Transportwesen, Kredit- und Finanzwesen und in weiteren Bereichen;
- Förderung eines umfassenden und ausgeglichenen Wirtschaftswachstums, einer sozialen und kulturellen Entwicklung der Region durch gemeinsame Anstrengungen auf der Basis gleichberechtigter Partnerschaft zum Ziel eines kontinuierlichen Wachstums des Lebensstandards und der Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Mitgliedsstaaten;
- Koordinierung von Ansätzen zur Integration in die Weltwirtschaft;
- Förderung von Menschenrechten und Grundrechten in Übereinstimmung mit internationalen Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten und deren nationaler Gesetzgebung;
- Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung von Beziehungen mit anderen Staaten und internationalen Organisationen;
- Zusammenarbeit bei der Vorbeugung internationaler Konflikte und deren friedlicher Beilegung;
- Gemeinsame Suche nach Lösungsansätzen für aufkommende Probleme im 21. Jahrhundert.

Quelle: *Charter of the Shanghai Cooperation Organization* <http://www.sectSCO.org/EN/show.asp?id=69>

Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) / Organizacija Dogowora Kollektiwnoi Besopasnosti (OKDB) / Collective Security Treaty Organization (CSTO)

Die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit geht auf eine Vereinbarung zwischen Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Russland, Tadschikistan und Usbekistan zurück, dem Vertrag über kollektive Sicherheit, auch Taschkenter Vertrag genannt, der am 15. Mai 1992 für eine Dauer von fünf Jahren in Taschkent unterzeichnet wurde. Dieser zielt auf eine engere Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen wie auch auf eine gemeinsame Verteidigung im Falle eines Angriffs (Artikel 4 des Vertrags) ab. Aserbaidschan trat am 24. September, Georgien am 9. Dezember und Belarus am 31. Dezember 1993 dem Vertrag bei, der am 20. April 1994 wirksam wurde.

Am 2. April 1999 wurde der Vertrag verlängert, Aserbaidschan, Georgien und Usbekistan verweigerten jedoch die weitere Unterschrift.

Am 7. Oktober 2002 unterzeichneten die Regierungschefs von Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Russland und Tadschikistan in Kischinaw die Satzung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit. Nach seinem Austritt aus der GUAM trat Usbekistan der OVKS am 23. Juni 2006 bei.

Die OVKS erhielt am 2. Dezember 2004 Beobachterstatus in der UN-Generalversammlung.

Quelle: *Homepage der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit* <http://www.dkb.gov.ru/>

Kapitel II – Ziele und Prinzipien

Artikel 3

Ziel der Organisation ist die Stärkung von Frieden, internationaler und regionaler Sicherheit sowie von Stabilität, der kollektive Schutz der Unabhängigkeit und die Gewährleistung der territorialen Integrität und Souveränität der Mitgliedsstaaten, zu dessen Erreichen die Mitgliedsstaaten politischen Mitteln Priorität einräumen.

Artikel 4

Die Organisation arbeitet mit Staaten zusammen, die nicht Mitglieder der Organisation sind und unterstützt die Beziehungen mit internationalen, zwischenstaatlichen, im Bereich der Sicherheit tätigen Organisationen. Die Organisation fördert die Entstehung einer gerechten, demokratischen Weltordnung, basierend auf allgemeingültigen Prinzipien des internationalen Rechts.

Artikel 5

Die Organisation basiert auf der strikten Beachtung von Unabhängigkeit, freiwilliger Teilhabe, Gleichheit von Rechten und Pflichten sowie der Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten.

Artikel 6

Die bestehende Charta berührt keine der Rechte und Pflichten, die den Mitgliedsstaaten aus anderen internationalen Vereinbarungen erwachsen.

(Aus der Satzung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, <http://www.dkb.gov.ru/>)

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) / Содружество Независимых Государств (SNG) / Commonwealth of Independent States (CIS)

Am 8. Dezember 1991 unterzeichneten die Präsidenten von Russland, Belarus und der Ukraine in Minsk den Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und lösten den 1922 geschlossenen Unionsvertrag der Sowjetunion auf. Am 21. Dezember desselben Jahres unterzeichneten die Regierungschefs von Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Moldau, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, der Ukraine und von Usbekistan das Protokoll zur Gründung der GUS. Georgien trat der Gemeinschaft 1993 bei und kündigte seine Mitgliedschaft nach der militärischen Auseinandersetzung mit Russland am 18. August 2008 wieder auf.

Ziele der GUS sind:

- Zusammenarbeit in Politik, Wirtschaft, Ökologie und Kultur;
- Allseitige, ausgeglichene wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Mitgliedsstaaten im Rahmen eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes, zwischenstaatlicher Kooperation und Integration;
- Gewährleistung der Rechte und grundlegenden Freiheiten in Übereinstimmung mit den allgemeingültigen Prinzipien und Normen des internationalen Rechts und Dokumenten der OSZE;
- Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten zur Gewährleistung von internationalem Frieden und Sicherheit, Durchführung effektiver Maßnahmen zur Reduzierung von Rüstungs- und Militärausgaben, Abschaffung von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen, Erreichen einer globalen und absoluten Abrüstung;
- [...]

[Quelle: Informationsamt des russischen Außenministeriums <http://www.in.mid.ru/ns-rsng.nsf/8c21fbc45f12ec6d432569e700419ef3/c5363bace1a0db03c3257235004505e5?OpenDocument>

Felder der Zusammenarbeit:

- Zusammenarbeit im Bereich von Verteidigung und Grenzschutz, Kampf gegen organisierte Kriminalität, Terrorismus, illegalem Drogenhandel sowie neuen Herausforderungen und Gefahren.
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit
- Finanzielle Zusammenarbeit
- Juristische Zusammenarbeit
- Zusammenarbeit bei allgemeinpolitischen Problemen
- Zwischenstaatliche und grenzüberschreitende Zusammenarbeit der GUS-Mitgliedsstaaten
- Humanitäre Zusammenarbeit

Quelle: Homepage des Exekutivkomitees der Gemeinschaft unabhängiger Staaten <http://www.cis.minsk.by/>

Zollunion / Tamoschennij Sojus / Customs Union

Am 6. Januar 1995 unterzeichneten die Präsidenten von Russland, Belarus und Kasachstan eine Vereinbarung zur Gründung einer Zollunion. Am 10. Oktober 2000 ging mit der Gründung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft die Aufgabe der Entwicklung der Zollunion auf diese Organisation über.

Am 6. Oktober 2007 unterzeichneten die Präsidenten von Belarus, Kasachstan und Russland einen Vertrag zur Gründung eines Einheitlichen Zollraumes und einer Zollunion. <http://www.evrazes.com/docs/view/75>

Am 5. Juli 2010 tritt ein gemeinsamer Zollkodex zwischen Russland, Belarus und Kasachstan in Kraft, die Gründung eines Einheitlichen Zollraumes soll bis 2012 erfolgen.

Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG) / Ewrajskoje Ekonomitscheskoje Soobschtschestwo EwrAsES / EurAsian Economic Community (EURASEC)

Die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft hat ihren Ursprung in der Zollunion, die 1996 zwischen Russland, Belarus und Kasachstan vereinbart wurde. Am 10. Oktober 2000 unterzeichneten die Staatshäupter der Länder Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft um die Entwicklung der Zollunion und eines Einheitlichen Wirtschaftsraumes voranzutreiben. <http://www.evrazes.com/docs/view/3>

Mitgliedsstaaten: Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan

Beobachterstatus: Armenien, Moldau, Ukraine

Ziele und Aufgaben

Der Gründungszweck der EAWG besteht für die Unterzeichnerstaaten in der effektiven Förderung des Gründungsprozesses der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraumes sowie der Implementierung weiterer Ziele und Aufgaben die in der Vereinbarung zur Zollunion, der Vereinbarung zur Vertiefung der Integration im Wirtschafts- und Gesellschaftsbereich und der Vereinbarung zur Zollunion und dem Einheitlichen Wirtschaftsraum zusammengefasst werden, in Schritten, wie in den oben genannten Vereinbarungen vorgesehen. [...] (Gründungsvertrag vom 10. Oktober 2000 <http://www.evrazes.com/docs/view/3>)

(Zusammengestellt von Christoph Laug)

Tabelle 2: Mitgliedsstaaten

	GUS	OVKS	SOZ	EAWG	Zollunion
Gesamtzahl der Mitgliedsstaaten	10	7	6	5	3
Armenien	x	x		B	
Aserbaidschan	x				
Belarus	x	x		x	x
Kasachstan	x	x	x	x	x
Kirgistan	x	x	x	x	
Moldau	x			B	
Russland	x	x	x	x	x
Tadschikistan	x	x	x	x	
Turkmenistan	AM				
Ukraine	x			B	
Usbekistan	x	x	x		
China			x		
Indien			B		
Iran			B		
Mongolei			B		
Pakistan			B		

GUS *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten*

OVKS *Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit*

SOZ *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit*

EAWG *Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft*

B *Beobachterstatus*

AM *Assoziiertes Mitglied*

rote Schrift *Staaten, die nicht frühere Republiken der Sowjetunion sind*

Tabelle 3: Vergleich regionaler Organisationen

	Fläche (Mio. km ²)	Gesamte Bevölkerung (Mio.)	Gesamtes BIP (Mrd US\$)	BIP (pro Kopf in US\$)	Anzahl der Mitglieds- staaten
GUS	21.574.882	220,044	1.793,580	7.865	10
OVKS	20.850.936	209,992	1.716,132	8.172	7
SOZ	30.210.554	1.538,674	7.399,548	4.809	6
EAWG	20.373.793	178,447	1.669,578	9.356	5
Zollunion	20.030.742	165,384	1.659,556	10.035	3

GUS *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten*

OVKS *Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit*

SOZ *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit*

EAWG *Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft*

Quelle: *World Economic Outlook Database 2010* <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/weodata/index.aspx> und

United Nations: Demographic Yearbook 2008 <http://unstats.un.org>

TABELLEN

Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten der ehemaligen Sowjetunion

Tabelle 4: Export/Importvolumen nach/von Russland (in Mio. US\$)

		Export 2008	Export 2009	Import 2008	Import 2009
Armenien	Mit Russland	208,175	107,776	851,173	793,634
	Gesamt	1057,15	697,745	4427,36	3303,17
	In % mit Russland	19,69 %	15,45 %	19,23 %	24,03 %
Aserbaidshjan	Mit Russland	582,891	745,014	1350,370	1071,94
	Gesamt	47756	14701,4	7170	6123,1
	In % mit Russland	1,22 %	5,07 %	18,83 %	17,51 %
Belarus	Mit Russland	10551,900	6713,940	23507,400	16717,1
	Gesamt	32570,8	21304,2	39381,3	28569
	In % mit Russland	32,40 %	31,51 %	59,69 %	58,51 %
China	Mit Russland	33011,3	17517,9	23783,6	21102,6
	Gesamt	1428660	1201790	1131620	1004170
	In % mit Russland	2,31 %	1,46 %	2,10 %	2,10 %
Georgien	Mit Russland	29,895	18,079	426,330	288,945
	Gesamt	1507,14	1140,16	6065,99	4386,11
	In % mit Russland	1,98 %	1,59 %	7,03 %	6,59 %
Kasachstan	Mit Russland	5789,560	3211,610	14678,400	9665,31
	Gesamt	71971	43188,6	38452	28374,1
	In % mit Russland	8,04 %	7,44 %	38,17 %	34,06 %
Kirgistan	Mit Russland	310,172	331,215	1492,180	999,679
	Gesamt	1617,6	1441,6	4072,4	3040,2
	In % mit Russland	19,17 %	22,98 %	36,64 %	32,88 %
Tadschikistan	Mit Russland	124,435	102,821	1047,420	795,235
	Gesamt	1443,76	1009,61	3245,43	2505,47
	In % mit Russland	8,62 %	10,18 %	32,27 %	31,74 %
Turkmenistan	Mit Russland	91,085	41,000	891,282	1031,29
	Gesamt	9943,32	2954,69	5292,11	6472,61
	In % mit Russland	0,92 %	1,39 %	16,84 %	15,93 %
Ukraine	Mit Russland	15735,6	8495,070	19414,2	13235,8
	Gesamt	66954,4	39702,9	85535,3	45435,6
	In % mit Russland	23,50 %	21,40 %	22,70 %	29,13 %
Usbekistan	Mit Russland	1189,550	769,334	2298,340	1863,46
	Gesamt	7047,09	4883,64	9160,55	8447,42
	In % mit Russland	16,88 %	15,75 %	25,09 %	22,06 %

Quelle: International Monetary Fund: Directions of Trade Statistics <http://www2.imfstatistics.org/DOT/>

Tabelle 5: Export und Import der Russischen Föderation (nach den Angaben der Zollstatistik, faktische laufende Preise, Mio US\$)

	Export										Import				
	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	
Insgesamt	78.217,0	103.093,0	241.473,0	301.244,0	351.928,0	467.581,0	301.751,0	46.709,0	33.880,0	98.708,0	137.807,0	199.746,0	267.101,0	167.457,0	
Mit Staaten des »fernen Auslands«	63.687,0	89.269,0	208.846,0	258.934,0	299.267,0	397.925,0	254.967,0	33.117,0	22.276,0	79.712,0	115.433,0	169.875,0	230.494,0	145.651,0	
darunter: Deutschland	6.208,0	9.232,0	19.736,0	24.498,0	26.346,0	33.164,0	18.712,0	6.483,0	3.898,0	13.272,0	18.464,0	26.534,0	34.115,0	21.200,0	
Mit Staaten des »nahen Auslands«	14.530,0	13.824,0	32.627,0	42.310,0	52.661,0	69.656,0	46.784,0	13.592,0	11.604,0	18.996,0	22.374,0	29.871,0	36.607,0	21.806,0	
<i>Mit den Ländern der EAWG</i>	5.815,0	7.974,0	17.269,0	24.091,0	32.340,0	40.946,0	29.049,0	5.128,0	6.236,0	9.181,0	12.297,0	15.426,0	18.935,0	11.833,0	
Aserbejdshan	85,6	136,0	858,0	1.381,0	1.397,0	1.966,0	1.468,0	107,0	135,0	206,0	260,0	328,0	412,0	311,0	
Armenien	127,0	27,5	191,0	392,0	656,0	692,0	612,0	75,1	44,0	101,0	104,0	166,0	204,0	111,0	
Belarus	2.965,0	5.568,0	10.118,0	13.099,0	17.205,0	23.507,0	16.726,0	2.185,0	3.710,0	5.716,0	6.845,0	8.879,0	10.552,0	6.718,0	
Georgien	48,9	42,3	353,0	570,0	589,0	530,0	150,0	57,9	76,6	158,0	70,8	61,2	49,1	23,4	
Kasachstan	2.555,0	2.247,0	6.534,0	8.967,0	11.920,0	13.299,0	9.147,0	2.675,0	2.200,0	3.225,0	3.840,0	4.623,0	6.379,0	3.693,0	
Kirgisien	105,0	103,0	377,0	561,0	879,0	1.308,0	916,0	101,0	88,6	146,0	194,0	291,0	491,0	367,0	
Moldowa	413,0	210,0	448,0	664,0	870,0	1.147,0	695,0	636,0	325,0	548,0	323,0	490,0	652,0	352,0	
Tadschikistan	190,0	55,9	240,0	378,0	607,0	794,0	572,0	167,0	237,0	95,0	126,0	162,0	213,0	214,0	
Turkmenien	93,1	130,0	224,0	229,0	384,0	808,0	999,0	179,0	473,0	77,2	80,1	69,1	100,0	45,1	
Uzbekistan	824,0	274,0	861,0	1.087,0	1.729,0	2.038,0	1.696,0	889,0	663,0	904,0	1.292,0	1.471,0	1.300,0	846,0	
Ukraine	7.149,0	5.024,0	12.402,0	14.983,0	16.425,0	23.567,0	13.811,0	6.617,0	3.651,0	7.819,0	9.238,0	13.330,0	16.254,0	9.129,0	

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 5: Export und Import der Russischen Föderation (nach den Angaben der Zollstatistik, faktische laufende Preise, Mio US\$) (Fortsetzung)

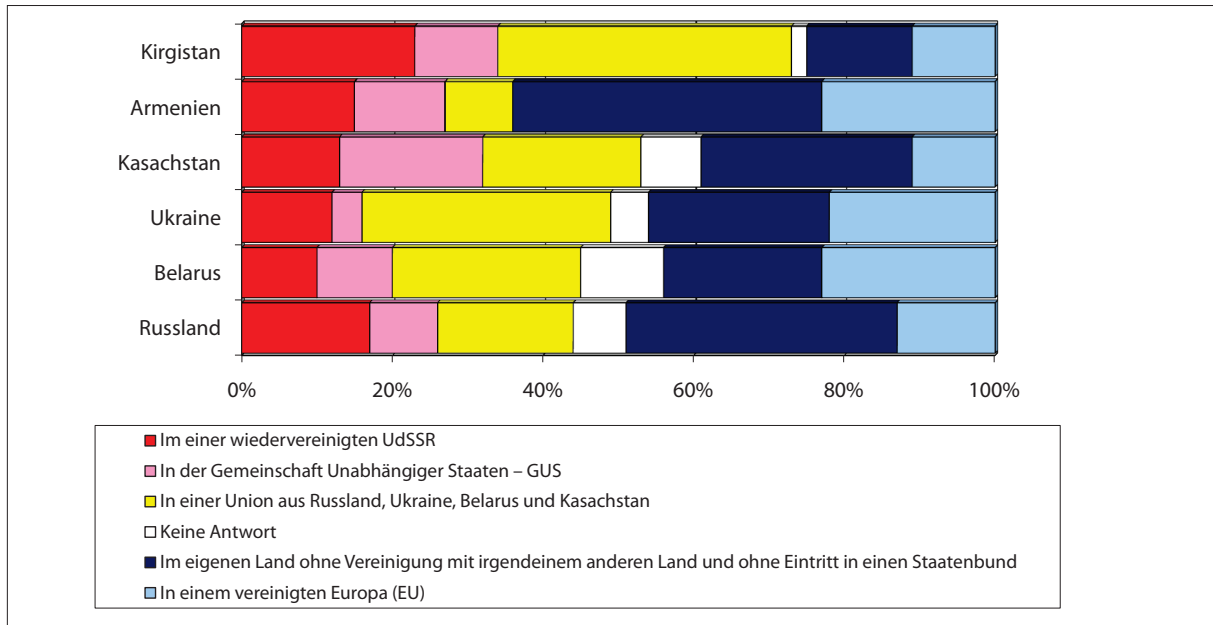
	Export						Import							
	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
in % (Gesamtexport/import = 100)														
Insgesamt	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
Mit Staaten des »fernen Auslands«	81,4 %	86,6 %	86,5 %	86,0 %	85,0 %	85,1 %	84,5 %	70,9 %	65,7 %	80,8 %	83,8 %	85,0 %	86,3 %	87,0 %
darunter:														
Deutschland	7,9 %	9,0 %	8,2 %	8,1 %	7,5 %	7,1 %	6,2 %	13,9 %	11,5 %	13,4 %	13,4 %	13,3 %	12,8 %	12,7 %
Mit Staaten des »nahen Auslands«	18,6 %	13,4 %	13,5 %	14,0 %	15,0 %	14,9 %	15,5 %	29,1 %	34,3 %	19,2 %	16,2 %	15,0 %	13,7 %	13,0 %
<i>Mit den Ländern der EAWG</i>	7,4 %	7,7 %	7,2 %	8,0 %	9,2 %	8,8 %	9,6 %	11,0 %	18,4 %	9,3 %	8,9 %	7,7 %	7,1 %	7,1 %
Aserbeidschan	0,1 %	0,1 %	0,4 %	0,5 %	0,4 %	0,4 %	0,5 %	0,2 %	0,4 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %
Armenien	0,2 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Belarus	3,8 %	5,4 %	4,2 %	4,3 %	4,9 %	5,0 %	5,5 %	4,7 %	11,0 %	5,8 %	5,0 %	4,4 %	4,0 %	4,0 %
Georgien	0,1 %	0,0 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,1 %	0,0 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Kasachstan	3,3 %	2,2 %	2,7 %	3,0 %	3,4 %	2,8 %	3,0 %	5,7 %	6,5 %	3,3 %	2,8 %	2,3 %	2,4 %	2,2 %
Kirgisien	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,3 %	0,3 %	0,2 %	0,3 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %
Moldowa	0,5 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	1,4 %	1,0 %	0,6 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %
Tadschikistan	0,2 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,4 %	0,7 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Turkmenien	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,3 %	0,4 %	1,4 %	0,1 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Usbekistan	1,1 %	0,3 %	0,4 %	0,4 %	0,5 %	0,4 %	0,6 %	1,9 %	2,0 %	0,9 %	0,9 %	0,7 %	0,5 %	0,5 %
Ukraine	9,1 %	4,9 %	5,1 %	5,0 %	4,7 %	5,0 %	4,6 %	14,2 %	10,8 %	7,9 %	6,7 %	6,7 %	6,1 %	5,5 %

Quelle: Rossijskij Statistitscheskij Sbornik, Moskau: Rosstat 2010 <http://www.gks.ru/doc2010/year10/ra10.rar>, 12. Dezember 2010, S. 722, 724f.

UMFRAGE

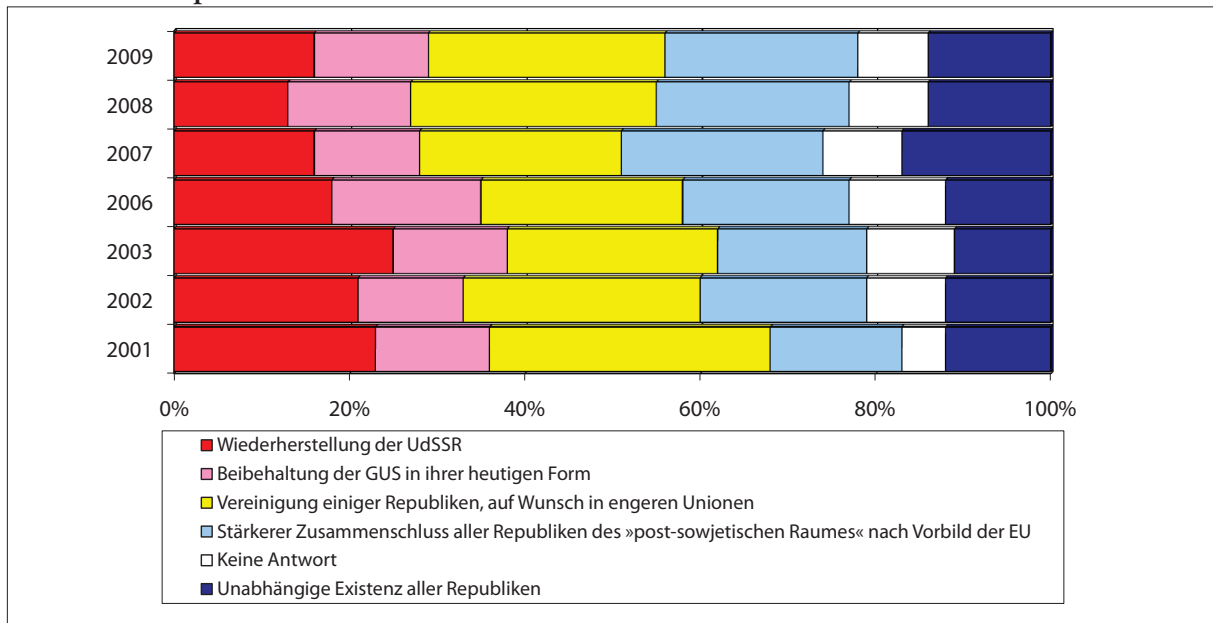
Die postsowjetische Öffentlichkeit über transnationale Strukturen

Grafik 1: In welchem Land oder Länderverbund würden Sie gerne wohnen?



Quelle: Umfragen des WZIAM, des belarussischen soziologischen Labors »Novak«, dem Kasachischen Institut für vergleichende Sozialforschung »Cessi-Kasachstan«, der Ukrainischen »Research & Branding Group«, dem Armenischen Marketingverband und dem Kirgischen Meinungsforschungszentrum »El-Pikir« vom April bis Mai 2007 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/8378.html>

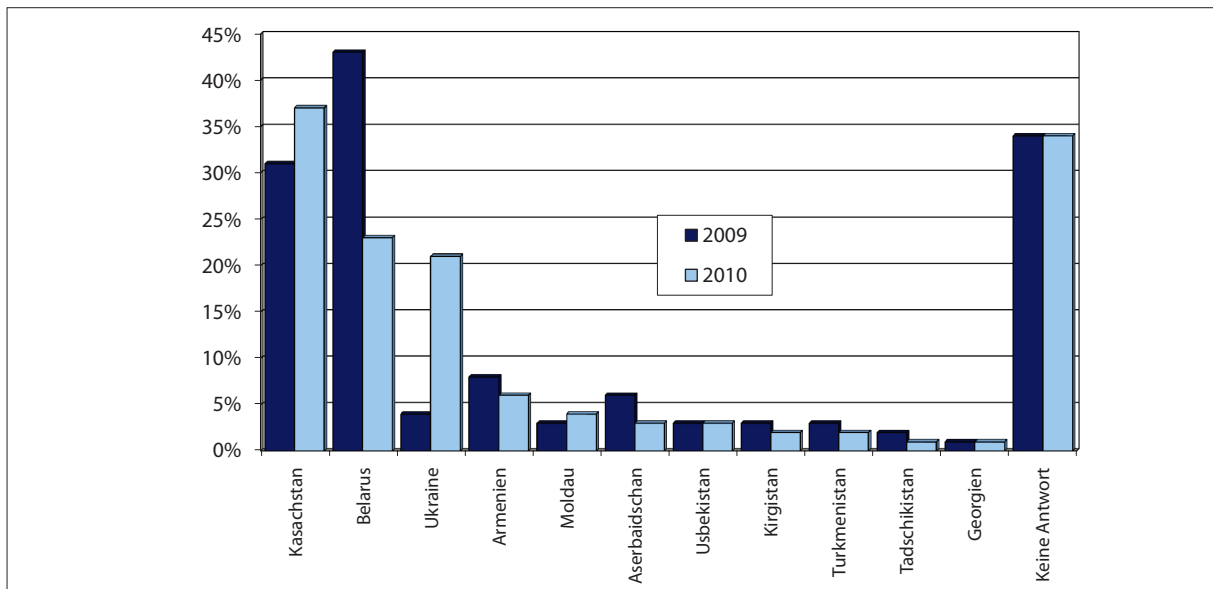
Grafik 2: Welche Form der Beziehung zwischen den Republiken der ehemaligen Union würden Sie persönlich unterstützen?



Quelle: Umfragen des WZIAM, des belarussischen soziologischen Labors »Novak«, dem Kasachischen Institut für vergleichende Sozialforschung »Cessi-Kasachstan«, der Ukrainischen »Research & Branding Group«, dem Armenischen Marketingverband und dem Kirgischen Meinungsforschungszentrum »El-Pikir« vom April bis Mai 2007 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/8378.html>

Russen über ihre Nachbarn im postsowjetischen Raum

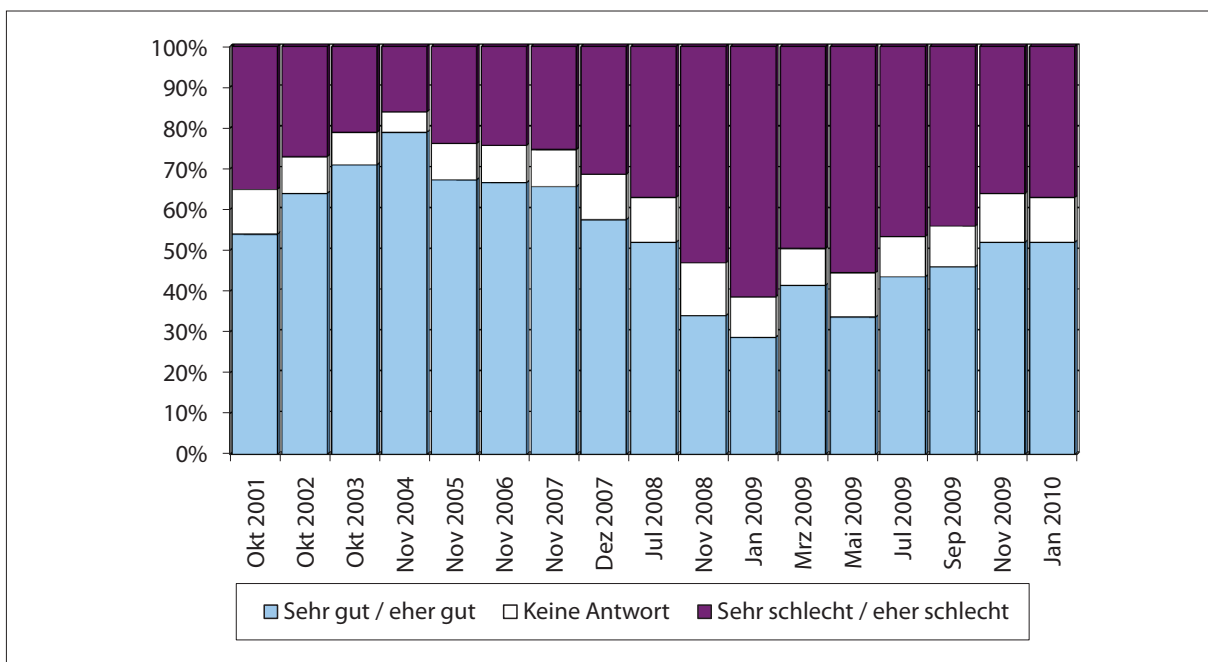
Grafik 3: Welches Land der GUS würden Sie als zuverlässigsten Partner Russlands in der internationalen Arena bezeichnen? (maximal drei Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 23. – 24. Oktober 2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111162.html>

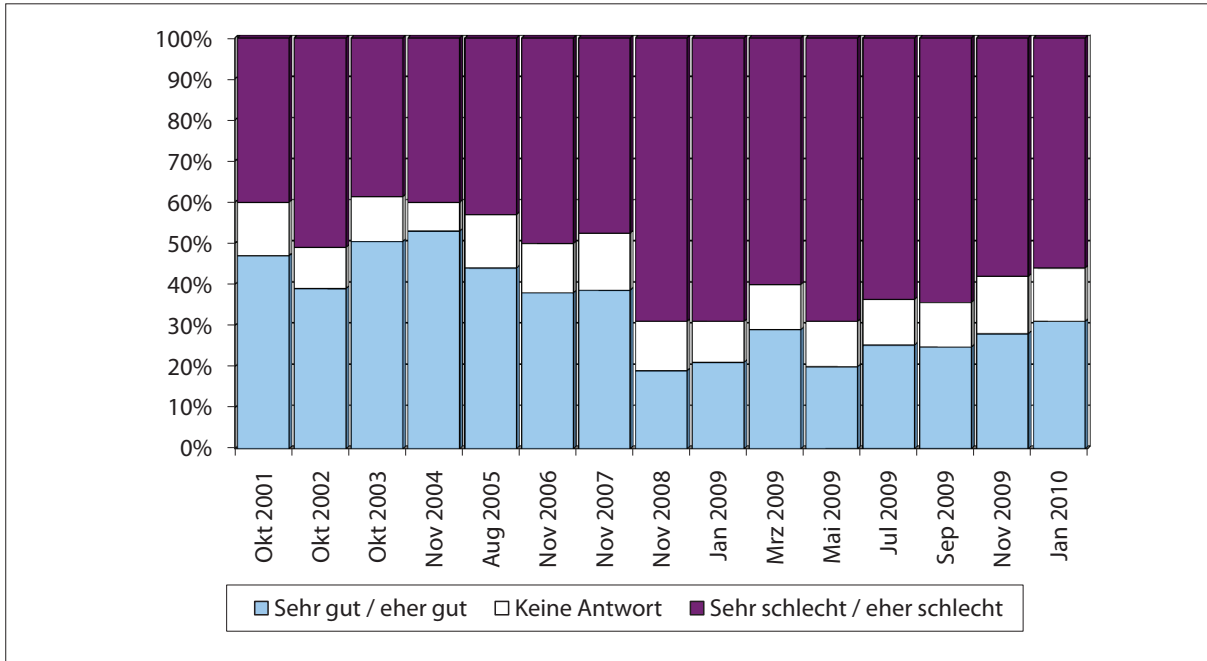
Die Ukraine, Belarus und Georgien in russischen Meinungsumfragen

Grafik 4: Wie stehen Sie gegenwärtig zur Ukraine?



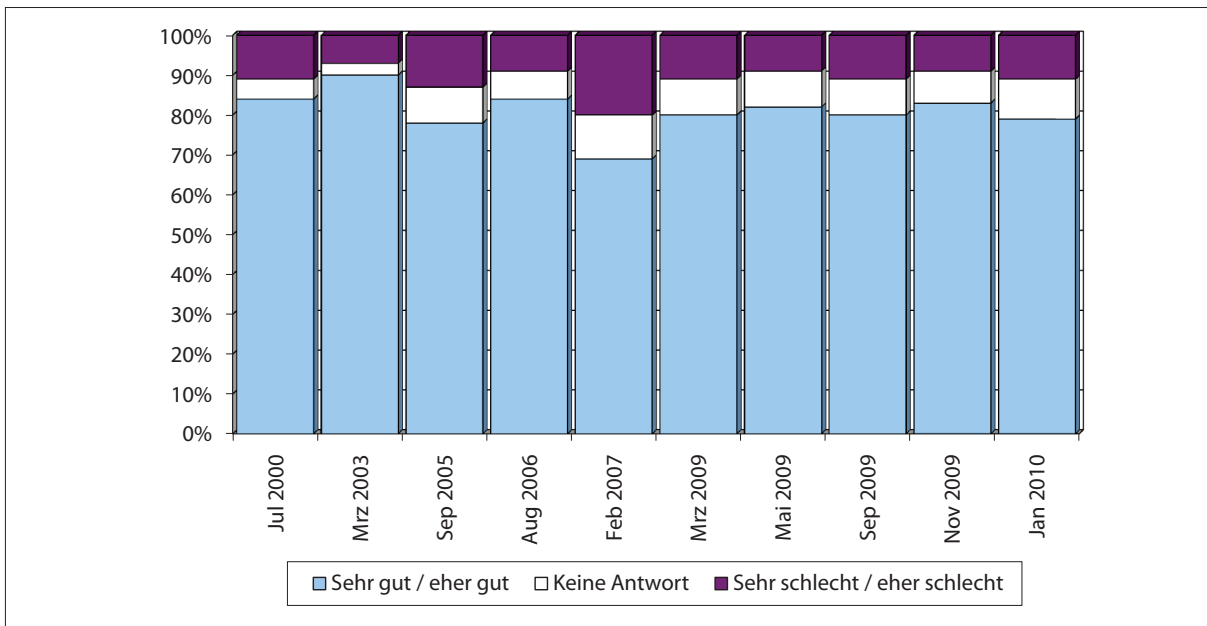
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 31. Januar – 1. Februar 2010 <http://www.levada.ru/press/2010022602.html>

Grafik 5: Wie stehen Sie gegenwärtig zu Georgien?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 31. Januar – 1. Februar 2010 <http://www.levada.ru/press/2010022602.html>

Grafik 6: Wie stehen Sie gegenwärtig zu Belarus?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 31. Januar – 1. Februar 2010 <http://www.levada.ru/press/2010022602.html>

Vom 24. Februar bis zum 10. März 2011

24.02.2011	Dmitrij Medwedew entlässt im Rahmen der Reform des Innenministeriums sieben hochrangige Polizei-Offiziere und Generäle unter anderem aus Moskau, Tscheljabinsk, Stawropol und dem Ural.
25.02.2011	Präsident Medwedew entlässt den Gouverneur des Bezirks Kamtschatka, Alexej Kusmizkij, vorzeitig aus seinem Amt – offiziell auf dessen eigenen Wunsch. Vorübergehend übernimmt Wladimir Iljuchin, bisher Hauptföderalinspektor der Region, die Amtsgeschäfte.
25.02.2011	Zum Jahrestag des Verkehrsunfalls auf dem Moskauer Leningradskij Prospekt, bei dem zwei Ärztinnen durch den Zusammenstoß mit der Limousine von Anatolij Barkow, einem Vizepräsidenten von Lukoil, getötet und anschließend als Schuldige hingestellt wurden, findet in Moskau eine Demonstration der »Blauen Eimerchen« gegen den Gebrauch von Blaulichtern auf Zivilfahrzeugen statt.
25.02.2011	Ministerpräsident Wladimir Putin und dreizehn Minister seines Kabinetts treffen in Brüssel mit der EU-Kommission zusammen. Auf der Tagesordnung stehen Gespräche über das neue Grundsatzabkommen zwischen Russland und der EU, Russlands WTO-Beitritt sowie die Visa-Bestimmungen.
25.02.2011	In Naltschik (Kabardino-Balkarien) greifen Untergrundkämpfer das Gebäude des föderalen Sicherheitsdiensts, dessen Dienstsanatorium und zwei Kontrollposten an. Bis zu 15 Sicherheitskräfte werden verletzt.
26.02.2011	Anatolij Serdjukow, russischer Verteidigungsminister, gibt in Wladiwostok bekannt, Russland werde Militärpersonal auf den Inseln Kunaschir und Iturp stationieren. Dies sind zwei der vier Kurilen-Inseln, die zwischen Russland und Japan umstritten sind.
26.02.2011	Boris Ebsejew, Präsident der Republik Karatschai-Tscherkessien, tritt auf eigenen Wunsch von seinem Amt zurück. Präsident Medwedew, der ihn als einen der ersten Gouverneure seiner Amtszeit ernannt hatte, nimmt die Rücktrittserklärung an und ernennt Raschid Temresow zum Interimspräsidenten.
27.02.2011	Alexej Nawalnij, Anwalt und bekannter russischer Blogger, hat für seine im Dezember 2010 eröffnete Seite www.rosopil.info zur Aufklärung von Korruptionsfällen 5 Mio. Rubel (ca. € 128.000) an Spenden gesammelt, die für die juristische Aufarbeitung von Fällen zweifelhafter Staatsaufträge aufgewendet werden sollen.
28.02.2011	Chasu Batalow, seit Dezember 2009 Anführer der Untergrundkämpfer im tschetschenischen Rayon Atschchoi-Martan, wird von Sicherheitskräften festgenommen.
01.03.2011	Das Parlament von Karatschaj-Tscherkessien wählt Raschid Temresow auf Vorschlag von Präsident Dmitrij Medwedew einstimmig zum neuen Republik-Präsidenten.
01.03.2011	Das Oberlandesgericht München verurteilt einen österreichischen Staatsbürger zu einem Jahr Haft auf Bewährung wegen der Weitergabe technischer Unterlagen und von Wissen über zivile und militärische Hubschrauber der Firma Eurocopter an den russischen Auslandsgeheimdienst (SWR).
02.03.2011	Bei einem Spezialeinsatz der Sicherheitskräfte unter Leitung des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow im Rayon Leninskij in Grosny (Tschetschenien) wird Arbi Sigauri, Anführer der Untergrundkämpfer in der Siedlung Slepzowskaja (Inguschetien) getötet. Zwei Sicherheitskräfte werden verletzt.
02.03.2011	Sergej Sobjanin, Bürgermeister von Moskau, wird auf einer außerplanmäßigen Parteiversammlung der Moskauer Sektion von »Einiges Russland« als Vorsitzender bestätigt.
02.03.2011	Präsident Dmitij Medwedew gratuliert Michail Gorbatschow zum 80. Geburtstag. Er verleiht ihm den höchsten Orden der Russischen Föderation, den Orden des heiligen Apostels Andreas.
03.03.2011	Auf Vorschlag von Präsident Medwedew wird Wladimir Iljuchin vom Parlament des Bezirks Kamtschatka zum neuen Gouverneur gewählt.
03.03.2011	Doku Umarow, Anführer des Untergrundkampfes im Nordkaukasus und selbsternannter »Emir des kaukasischen Emirats« ruft in einer Videobotschaft die russischen Muslime zum »heiligen Krieg« gegen die »Ungläubigen« »an allen Fronten« auf.
05.03.2011	Unweit von Woronesch stürzt eine Antonov-148 bei einem Testflug ab. Sechs Personen kommen ums Leben, darunter vier russische Besatzungsmitglieder und zwei Piloten aus Burma, dessen Regierung das Flugzeug in Auftrag gegeben hatte.

05.03.2011	Das tschetschenische Parlament wählt Ramsan Kadyrow einstimmig zum Republikoberhaupt, nachdem Präsident Medwedew am 28. Februar dem Parlament die Kandidatur Kadyrows für eine zweite Amtszeit vorgeschlagen hatte.
08.03.2011	In Grosny tritt eine von Ramsan Kadyrow zusammengestellte Mannschaft aus russischen und sowjetischen Fußballstars sowie Lothar Matthäus gegen eine Auswahl ehemaliger Spieler der brasilianischen Nationalmannschaft an. Kadyrow selbst läuft als Kapitän auf und erzielt zwei Tore. Sein Team verliert das Freundschaftsspiel jedoch mit 4:6 gegen die Brasilianer.
09.03.2011	In Bern treffen sich Unterhändler Russlands und Georgiens um über die Bedingungen des russischen WTO-Beitritts zu verhandeln.
09.03.2011	An einer Bushaltestelle am Mitschurin-Prospekt in Moskau, gegenüber der Akademie des Inlandsgeheimdienstes FSB, explodiert ein Sprengsatz. Es kommt niemand zu Schaden.
09.03.2011	US-Vizepräsident Joseph Biden trifft auf seinem Besuch in Russland mit Dmitrij Medwedew zusammen. Neben der Zukunft der russisch-amerikanischen Beziehungen besprechen die beiden den Beitritt Russlands zur WTO, das US-Raketenabwehrprogramm in Europa und die Lage im Nahen Osten und Nordafrika.
10.03.2011	Der Forbes-Liste zufolge liegt Moskau auf dem ersten Platz der Milliardärs-Städte. 2011 waren 79 Milliardäre mit einem von Forbes geschätzten Gesamtvermögen von 375 Mrd. US\$ in Moskau gemeldet. Die Forbes-Liste 2011 bricht den Rekord nach Zahl der Milliardäre und deren gemeinsamem Vermögen. 101 Milliardäre kommen aus Russland.
10.03.2011	Bei einem Feuergefecht im Rayon Tschegemsk (Kabardino-Balkarien) werden drei Untergrundkämpfer getötet und zwei Sicherheitskräfte verletzt.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de